S 8 SO 2328/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Sozialhilfe

Abteilung 7.
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft - Deskriptoren -

Leitsätze 1. Steht im Zeitpunkt des Verlassens

einer Einrichtung nicht fest, ob, wann und

wo die (stationäre) Hilfegewährung fortgesetzt werden soll, kann eine rechtserhebliche Unterbrechung der

Einrichtungskette vorliegen.

2. Zu den Voraussetzungen eines

Erstattungsanspruchs des

erstangegangenen Rehabilitationsträgers

nach § 102 SGB X bzw. § 104 SGB X.

Normenkette SGB 9 § 14

SGB 10 § 102 SGB 10 § 104 SGB 12 § 98 Abs 2

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 SO 2328/20 Datum 08.04.2022

2. Instanz

Aktenzeichen L 7 SO 1581/22 Datum 18.04.2024

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des Beklagten gegen das Urteil des Sozialgerichts Konstanz vom 8. April 2022 wird zurückgewiesen.

Der Beklagte hat die Kosten des Verfahrens in beiden Instanzen zu tragen.

Die Revision wird zugelassen.

Tatbestand

Zwischen den Beteiligten ist ein Erstattungsanspruch des Klägers in Höhe von 148.719,97 EUR für an den Leistungsempfänger M1 L1 (M.L.) für die Zeit vom 1. August 2016 bis 31. Dezember 2019 erbrachte Eingliederungshilfeleistungen streitig.

Bei dem 1992 in Ã□1 (B1) geborenen M.L. bestehen eine mittelgradige Intelligenzminderung, eine deutliche Verhaltensstörung sowie eine Persönlichkeitsstörung. Er lebte bis 20. Februar 2013 in der C1 Dorfgemeinschaft H1 e.V., H2 im Zuständigkeitsbereich des Klägers. Die Kosten der stationären Eingliederungshilfe trug der Kläger seit 1. Januar 2005.

Nach einem Vorkommnis in der Einrichtung (Vorwurf eines schweren sexuellen Ä\[
\text{bergriffs} des M.L. gegen\tilde{A}\[
\text{4}\] ber einer Mitbewohnerin) wurde M.L. wenige Tage sp\tilde{A}\[
\text{xter}, am 20. Februar 2013, station\tilde{A}\[
\text{xr} in die akutpsychiatrische Abteilung des Z1 S1 in F1 aufgenommen. Nachdem sich keine weitere Notwendigkeit f\tilde{A}\[
\text{4}\]r eine station\tilde{A}\[
\text{xre} psychiatrische Behandlung ergeben und keine Haftgr\tilde{A}\[
\text{4}\]/4nde vorgelegen hatten, wurde M.L. am 19.\tilde{A} M\tilde{A}\[
\text{xrz}\tilde{A} 2013 entlassen (vgl. zu alledem: Entlassbericht Z1 S1 vom 19. M\tilde{A}\[
\text{xrz} 2013). Da die C1 Dorfgemeinschaft eine R\tilde{A}\[
\text{4}\]/4ckkehr des M.L. ausgeschlossen hatte, hielt sich M.L. im Anschluss bei seiner Tante L2 L3 (L.L.) in S2 (Landkreis K1) im Zust\tilde{A}\[
\text{xndigkeitsbereich des Beklagten auf, um einen neuen Heimplatz f\tilde{A}\[
\text{4}\]/4r ihn zu finden. Den Heimvertrag mit der C1 Dorfgemeinschaft hatte seine Betreuerin zwischenzeitlich mit Schreiben vom 2. April 2013 gek\tilde{A}\[
\ext{4}\]/4ndigt.

Mit E-Mail vom 13. Mai 2013 beantragte die Betreuerin des M.L. bei dem Kläger die Aufnahme des M.L. in das stationäre Wohnen der Einrichtung der G1-Hilfe fþr behinderte Menschen gGmbH, M2 (B1). Nach einem Probewohnen teilte die G1-Hilfe dem Kläger mit, dass M.L. dort am 23. Mai 2013 aufgenommen werde und bat um die in Aussicht gestellte Kostenzusage vorab per E-Mail zunächst fþr ein Jahr. Diese erteilte der Kläger mit Eâ∏∏Mail vom 21. Mai 2013.

Mit Bescheid vom 22. Januar 2014 \tilde{A}^{1}_{4} bernahm der Kl \tilde{A} ¤ger f \tilde{A}^{1}_{4} r M.L. ab 21. \hat{A} Januar 2014 bis auf Weiteres die Kosten der Eingliederungshilfe nach \hat{A} \$ \hat{A} \$

Die Eingliederungshilfeleistungen an M.L. wurden vom Kläger regelmäÃ∏ig weiterbewilligt (vgl. Bescheide vom 18. März 2015, 9. Juni 2016). Ab dem 16. Februar 2018 wechselte M.L. in ein Betreutes Wohnen in Familien in T1 (B1), das von einer Fachkraft der L4 Teilhabe gGmbH betreut wurde, wofür der Kläger unter dem 30. April 2018 eine Kostenzusage erteilte und weiterhin Eingliederungshilfe bewilligte (Bescheide vom 6. November 2018, 18. April 2019,

23. September 2019).

Mit Schreiben vom 25. Februar 2014 machte der KlĤger bei dem Beklagten Kostenerstattung nach § 105 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) geltend und beantragte die Ã∏bernahme des Falles durch den Beklagten in die eigene Zuständigkeit. Zur Begründung fþhrte er aus, bei einer FallÃ⅓berprÃ⅓fung sei die Akte nochmals durchgesehen worden. Nach dem Klinikaufenthalt habe M.L. bei seiner Tante L.L. im Bereich des Beklagten einen gewöhnlichen Aufenthalt begrÃ⅓ndet.

Mit Schreiben vom 7. Oktober 2014 lehnte der Beklagte eine Kostenerstattung und eine Fallübernahme ab, denn der Hilfeempfänger habe im Bereich des Beklagten keinen gewöhnlichen Aufenthalt begrþndet.

Nachdem sich die Beteiligten in der Folge nicht einigen konnten, rief der KlĤger am 16. September 2016 die Spruchstelle für Fürsorgestreitigkeiten Baden-Wýrttemberg des Landkreis- und Städtetages mit dem Antrag an, dass der Beklagte dem KIĤger die fļr M.L. entstandenen Aufwendungen fļr die Zeit vom 23. Mai 2013 bis 31. Juli 2016 in Höhe von insgesamt 149.384,90 EUR zu erstatten habe. Am 31. Oktober 2018 erlieà die Schiedsstelle (Az. St. 14/16) einen Schiedsspruch, worin der Beklagte verpflichtet wurde, dem KlĤger die seit 23. Mai 2013 entstandenen Kosten der Eingliederungshilfe zu erstatten. Zur Begrýndung wurde angeführt, dass der Beklagte seit 23. Mai 2013 örtlich zustĤndiger SozialhilfetrĤger für M.L. sei. Nachdem der Beklagte den Schiedsspruch nicht als wirksam anerkannt hatte (vgl. Schreiben vom 19. Dezember 2018), berichtigte die Schiedsstelle mit weiterem Schiedsspruch vom 5. August 2019 ihren Schiedsspruch vom 31. Oktober 2018 im Tenor dahingehend, dass der Beklagte dem Kläger die fýr den Hilfeempfänger entstandenen Aufwendungen für die Eingliederungshilfeleistungen in der Zeit vom 23. Mai 2013 bis 31. Juli 2016 in Höhe von insgesamt 149.384,90 EUR zu erstatten habe. In der Folge hat der Beklagte beim Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart beantragt, den Schiedsspruch aufzuheben. Das OLG verwies den Rechtsstreit mit Beschluss vom 2. Dezember 2019 (Az. 1 Sch 2/19) an das Landessozialgericht (LSG) Baden-WÃ1/4rttemberg, welches wiederum den Rechtsstreit mit Beschluss vom 27. Mai 2020 (Az. L 7 SO 667/20 KL) an das Sozialgericht Konstanz (SG) weiterverwies. Der Rechtsstreit wird dort unter dem Az. S 6 SO 989/20 gefýhrt und ist weiterhin anhängig.

Für den Zeitraum vom 1. August 2016 bis 31. Juli 2019 hatte der Kläger nach vergeblicher Geltendmachung von Erstattungsansprüchen gegenüber dem Beklagten mit Schreiben vom 31. Juni 2019 zunächst ebenfalls bei der Spruchstelle Baden-Württemberg einen Antrag auf Erstattung der Eingliederungshilfeleistungen für M.L. gestellt, der dort unter dem Az. St. 5/19 geführt wurde. Das Spruchstellenverfahren ruht. Die Spruchstelle befindet sich in Auflösung.

Am 21. Dezember 2020 hat der Kl \tilde{A} ¤ger Klage zum SG erhoben und f \tilde{A} ¼r die Zeit vom 1. \hat{A} August 2016 bis 31. Dezember 2019 die Erstattung der Aufwendungen

für die an M.L. erbrachten Eingliederungshilfeleistungen durch den Beklagten sowie die Feststellung, dass der Beklagte zur Erbringung der Eingliederungshilfeleistungen für M.L. in diesem Zeitraum sachlich und örtlich zuständig war, geltend gemacht. Er habe als nachrangig zuständiger LeistungstrĤger gegen den Beklagten als vorrangigen LeistungstrĤger aus § 104 SGB X einen Erstattungsanspruch. Die Heimkette sei durch das Verlassen der C1 Dorfgemeinschaft am H1 unterbrochen worden, nachdem es lÃxnger als zwei Monate gedauert habe, bis M.L. wieder in eine Einrichtung stationĤr aufgenommen worden sei. Ein nahtloser ̸bertritt von einer Einrichtung in die nächste liege nicht vor. Zum Zeitpunkt des Eintritts des M.L. in die Einrichtung der G1-Hilfe am 23. Mai 2013 bzw. in den zwei Monaten vor der Aufnahme sei sein gewä¶hnlicher Aufenthalt im Landkreis K1 gewesen. Nicht erforderlich fýr die Begründung eines gewĶhnlichen Aufenthalts sei die Absicht, sich auf Dauer niederzulassen, vielmehr genüge auch ein Aufenthalt bis auf Weiteres. Da vorliegend zunächst unklar gewesen sei, wie es weitergehen wýrde und in welche Einrichtung M.L. aufgenommen werden kA¶nnte, sei dieser bis auf Weiteres im ZustĤndigkeitsbereich des Beklagten geblieben. Dass sich der KlĤger weiterhin um einen neuen Einrichtungsplatz für M.L. bemüht habe, habe am Wechsel der Zuständigkeit nichts geändert. Bei der Berechnung des Erstattungsbetrages seien die Einnahmen des M.L., etwa das Kindergeld, der Unterhaltsbeitrag sowie ein Kostenbeitrag zur WfbM und spĤter auch noch das Pflegegeld berļcksichtigt worden.

Der Beklagte ist der Klage entgegengetreten und hat die Auffassung vertreten, dass er mangels Begrýndung eines gewöhnlichen Aufenthalts des M.L. in S2 örtlich nicht zuständig sei, den Erstattungsanspruch der Höhe nach bestritten sowie sich auf die Verjährung der Erstattungsansprýche aus dem Jahr 2016 berufen. Ihm sei die Klageschrift erst am 14. Januar 2021 zugestellt worden.

Mit Urteil vom 8. April 2022 hat das SG den Beklagten verurteilt, an den KlĤger 148.719,97 EUR zu zahlen und die Klage im Anbrigen abgewiesen. Der Klage stehe nicht entgegen, dass der KlĤger mit Schreiben vom 31. Juli 2019 bereits bei der Spruchstelle für Fürsorgestreitigkeiten S3 den Antrag gestellt hat, den Beklagten zu verpflichten, ihm die im streitgegenstĤndlichen Zeitraum entstandenen Kosten fýr geleistete Eingliederungshilfe zu erstatten, weil der Beklagte die Einrede der Schiedsgerichtsbarkeit nicht erhoben habe und auch nicht anzunehmen sei, dass der Beklagte die Einrede in Zukunft erheben werde. Dem KlĤger stehe gegen den Beklagten der geltend gemachte Erstattungsanspruch zu. Der Beklagte sei für die Erbringung der Leistungen, deren Erstattung der Kläger begehre, zuständig. Der Erstattungsanspruch folge aus <u>§ 105 Abs. 1 SGB X</u>. <u>§</u> 104 SGB X regele einen Erstattungsanspruch in einer Situation, in der ein zustĤndiger SozialleistungstrĤger Leistungen erbracht habe und sich spĤter die Leistungspflicht eines anderen, vorrangig verpflichteten SozialleistungstrĤgers für kongruente Leistungen herausstelle. Habe hingegen â∏∏ wie hier â∏∏ ein unzustĤndiger TrĤger gehandelt, richte sich der Erstattungsanspruch nach § 105 SGB X. Die Voraussetzungen des § 105 Abs. 1 Satz 1 SGB X für einen Erstattungsanspruch des KlĤgers hinsichtlich der Eingliederungshilfe lĤgen vor, da nicht der Kläger, sondern der Beklagte für die Leistungserbringung â∏ im

Innen- und AuÃ⊓enverhältnis â∏zuständig gewesen sei. Die sachliche Zuständigkeit des Beklagten als örtlicher Träger der Sozialhilfe ergebe sich aus § 97 Abs. 1 SGB XII. Die Ķrtliche ZustĤndigkeit des Beklagten folge aus § 98 Abs. 2 Satz 1 SGB XII. Ein ̸bertritt des M.L. von der Einrichtung der C1 Dorfgemeinschaft H1 e. V. in die G1-Hilfe L4 im Sinne von § 98 Abs. 2 Satz 1 SGB XII liege nicht vor. Eine nahtlose Einrichtungskette sei nicht gegeben, da die Unterbrechungen des Aufenthalts in Einrichtungen durch den zwischenzeitlichen Aufenthalt im Haus seiner Tante in S2 mit über zwei Monaten (deutlich) länger gewesen, als für den Wechsel zwischen den Einrichtungen erforderlich gewesen wäre. Ein solcher wäre bei einer Entfernung der Einrichtungen von ca. 43 km ohne weiteres an einem Tag mĶglich gewesen. Zudem sei beim Verlassen der Einrichtung der C1 Dorfgemeinschaft nach Abschluss der stationĤren Behandlung in der Akutpsychiatrie des Z1 S1 in F1 am 19. MAxrz 2013 ein Wechsel in die S4-Hilfe keineswegs schon fest vereinbart oder sicher beabsichtigt gewesen. Entscheidend sei daher, ob und ggf. wo M.L. bei Aufnahme in die S5-Hilfe seinen gewĶhnlichen Aufenthalt gehabt bzw. in den letzten zwei Monaten vor der Aufnahme zuletzt gehabt habe. M.L. habe nach dem Verlassen der Einrichtung der C1 Dorfgemeinschaft einen gewä¶hnlichen Aufenthalt bei seiner Tante in S2 und damit im Bereich des Beklagten begründet und diesen auch nachfolgend bis zur Aufnahme in die G1-Hilfe nicht wieder aufgegeben. M.L habe nach dem Verlassen der Einrichtung der C1 Dorfgemeinschaft zun Azchst nur einen besuchsweisen Aufenthalt bei seiner Tante beabsichtigt und nicht geplant, einen dauerhaften Aufenthalt dort zu begründen â∏ wobei unerheblich sei, ob auf die Absicht des M.L. oder derjenigen seiner Betreuerin abzustellen sei, da sich Unterschiede in der Willensrichtung nicht feststellen lie̸en. Der Aufenthalt bei der Tante habe zwar nur der ̸berbrückung bis zu einer möglichen Aufnahme in eine neue stationäre Einrichtung gedient. Dennoch sei der Aufenthalt in S2 nicht nur vorübergehend, sondern ein zukunftsoffener Aufenthalt bis auf Weiteres gewesen. Bei Aufnahme in das Haus der Tante sei nĤmlich noch vĶllig offen gewesen, ob und wann eine Aufnahme in eine neue stationÃxre Einrichtung habe erfolgen können. Der Auszug aus der Einrichtung der C1 Dorfgemeinschaft sei aufgrund des Vorkommnisses mit dem Vorwurf eines schweren sexuellen ̸bergriffs plötzlich erfolgt. Zwar sei dann zeitnah eine neue Einrichtung für M.L gesucht worden. Jedoch sei er erst am 23. Mai 2013 nach einem Probewohnen bei der G1-Hilfe aufgenommen worden. Bis dahin habe es sowohl M.L. als auch der G1-Hilfe freigestanden, sich für oder gegen eine Aufnahme in die Einrichtung zu entscheiden. Damit sei aber auch die Dauer des Aufenthalts im Haus der Tante offen gewesen. Ein solch zukunftsoffener Aufenthalt â∏bis auf Weiteresâ∏ führe zu einem gewĶhnlichen Aufenthalt im Sinne von § 98 Abs. 1 SGB XII im Bereich des Beklagten und begründe damit dessen örtliche Zuständigkeit für die Sozialhilfeleistungen. Auch habe der KlÄxger, abgesehen von seiner Unzuständigkeit, Eingliederungshilfeleistungen an M.L. rechtmäÃ∏ig erbracht. M.L. habe einen Anspruch auf die Hilfeleistungen aus <u>§Â§ 19 Abs. 3</u>, <u>53</u>, <u>54 SGB XII</u> a.F. gehabt. M.L. habe insbesondere die wirtschaftlichen Voraussetzungen fļr den geltend gemachten Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGB XII gemäà A§ 19 Abs. 3 SGB XII a.F. erfüllt. Soweit der Beklagte (alleine) die Einkommensanrechnung in Frage stelle, werde auf die Aufstellung des Klägers in den Anlagen zum Schriftsatz vom 21. Juni 2021 Bezug

genommen. Daraus ergebe sich, dass die Einnahmen des M.L. (u.a. Kindergeld, Unterhalt) anspruchsmindernd berücksichtigt worden seien. Nachdem Fehler in der Berechnung des Erstattungsanspruches ansonsten weder ersichtlich noch substantiiert vorgebracht worden seien, bestehe ein Erstattungsanspruch in der verlangten Höhe gegen den Beklagten. Der Erstattungsanspruch sei auch nicht verjährt. Diese Hilfeleistungen (auch aus dem Jahr 2016) seien nicht verjährt, da die VerjĤhrung noch vor Ablauf der Vierjahresfrist durch Erhebung der Klage am 21. Dezember 2020 gehemmt worden sei. Die Klage sei bereits mit Eingang bei Gericht â∏erhobenâ∏ worden. Zu diesem Zeitpunkt trete nämlich Rechtshängigkeit ein (§ 94 Satz 1 SGG). Auf den Zeitpunkt, an dem die Klage dem Gegner bekanntgegeben oder zugestellt worden sei, komme es im bereits unzul\tilde{A}\tilde{x}ssig. Der gerichtlichen Feststellung stehe schon die grunds\tilde{A}\tilde{x}tzliche Subsidiarität einer Feststellungsklage entgegen. Der Kläger könne unmittelbar Erstattungsansprüche geltend machen und habe dies auch getan, wodurch seine Interessen ausreichend gewahrt seien und er nicht auf eine (zusĤtzliche) Feststellungsklage zurļckgreifen müsse. Für eine zusätzliche ausdrýckliche Feststellung der ZustÃxndigkeit im allein streitgegenstÃxndlichen Zeitraum bestehe danach kein Rechtsschutzbedürfnis.

Der Beklagte hat gegen das ihm am 3. Mai 2022 zugestellte Urteil am 30. Mai 2022 Berufung beim LSG eingelegt. Mit der Annahme, der geltend gemachte Erstattungsanspruch folge aus <u>§Â 105 Abs. 1 Satz 1 SGB X</u>, verletze das <u>SG § 14</u> Abs. 4 Satz 3 SGB IX in der bis zum 31. Dezember 2017 geltenden Fassung bzw. § 16 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB IX in der ab 1. Januar 2018 geltenden Fassung. Danach sei § 105 SGB X für unzuständige Rehabilitationsträger nicht anzuwenden, wenn diese eine Leistung erbracht hÃxtten, ohne den Antrag an den zuständigen Rehabilitationsträger nach § 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IX weitergeleitet zu haben. Eine unter das Regelungsgefüge der §Â§ 14 ff. SGB IX fallende Sachlage sei gegeben, weil der M.L. bei dem KlÄzger am 13. Mai 2013 einen Antrag auf Aufnahme in die G1-Hilfe L4 gestellt habe, also einen Antrag auf Teilhabeleistungen im Sinne des <u>§ 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IX</u>, auf den mit Bewilligungsbescheid vom 13. Juni 2013 die Kosten des stationĤren Wohnens ab 23. Mai 2013 vorerst bewilligt worden seien. Dem stehe nicht entgegen, dass der KIäger dem M.L. bereits seit 1. Januar 2005 Eingliederungshilfeleistungen gewĤhrt habe. Diese seien nĤmlich mit Bescheid vom 14. Juni 2013 mit Wirkung zum 21. Februar 2013 beendet worden. M.L. habe somit in der Zeit vom 22. Februar 2013 bis 22. Mai 2013 und damit auch bei Antragstellung am 13. Mai 2013 keine Eingliederungshilfeleistungen erhalten, sodass eine zeitliche und faktische ZĤsur von drei Monaten Dauer eingetreten sei. Es handele sich damit bei der mit Bescheid des KlĤgers vom 13. Juni 2013 erteilten Bewilligung von Eingliederungshilfeleistungen nicht um eine blo̸e Verlängerung bzw. Weiterbewilligung einer bestimmten Ma̸nahme, sondern, nach einer Zäsur von knapp zwei Monaten, in denen keine Eingliederungshilfeleistungen bewilligt waren, um einen neuen, von <u>§ 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IX</u> in beiden Fassungen erfassten Leistungsfall, für welchen eine neue Antragstellung erforderlich gewesen sei, um eine neue Leistungspflicht eines SozialhilfetrĤgers begrļnden zu kĶnnen. Nicht umsonst habe auch der KlĤger den ursprļnglichen Bewilligungsbescheid vom

24. August 2011 mit Bescheid vom 14. Juni 2013 aufgehoben und mit Bescheid vom 13. Juni 2013 Eingliederungshilfeleistungen neu bewilligt. Damit handele es sich beim Antrag vom 13. Mai 2013 um einen Neuantrag auf GewĤhrung von Eingliederungshilfeleistungen im Sinne des <u>§ 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IX</u> in der bis 31. Dezember 2017 geltenden Fassung mit der Folge, dass die zweiwĶchige Frist dieser Regelung neu in Gang gesetzt worden sei. Der KlAzger habe diese Zwei-Wochen-Frist ungenutzt verstreichen lassen, indem er keine Weiterleitung an den Beklagten unternommen und vielmehr erstmals mit Schreiben vom 25. Februar 2014 bei ihm vorsorglich Kostenerstattung nach § 105 SGBÂ X geltend gemacht habe. Damit sei der KlĤger als erstangegangener RehabilitationstrĤger nach § 14 Abs. Â 2 Satz 1 SGBÂ IX verpflichtet gewesen, den Rehabilitationsbedarf des M.L. unverzüglich festzustellen. Zudem habe das SG übersehen, dass der Erstattungsanspruch nach <u>§ 105 Abs. 1 Satz 1 SGB X</u> bei grob fahrlässiger Unkenntnis der UnzustĤndigkeit entfalle. Indem der KlĤger übersehen habe, dass sich M.L. vor seiner Aufnahme in die G1-Hilfe gGmbH im Kreisgebiet des Beklagten aufgehalten habe und dort seinen gewĶhnlichen Aufenthalt begrļndet haben könnte, obwohl dies von Anfang an aus der Verwaltungsakte des Klägers hervorgegangen sei und ihn schon bei Antragseingang im Mai 2013 dazu hÃxtte veranlassen müssen, seine Zuständigkeit zu verneinen, habe beim Kläger eine grob fahrlässige Unkenntnis der Unzuständigkeit vorgelegen. Im Ã∏brigen sei nach <u>§ 98 Abs. 2 Satz 1 SGB XII</u> die örtliche Zuständigkeit des Klägers gegeben. M.L. habe in S2 keinen gewĶhnlichen Aufenthalt begrù⁄4ndet. Vielmehr habe von Anfang an sowohl für seine Betreuerinnen als auch für den Kläger festgestanden, dass der Aufenthalt des M.L. bei seiner Tante in S2 nur vorübergehend sein sollte und ein dauerhafter oder sonst wie gearteter längerer Aufenthalt bei dieser gar nicht möglich sei. Die Option â∏nicht nur vorübergehend Verweilen in der Gemeinde S2â∏∏ wie sie <u>§ 30 Abs. 3 Satz 2</u> Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) fýr die Begründung eines gewöhnlichen Aufenthaltes fordere, habe es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Es habe diese auch nicht geben kA¶nnen, weil es von Anfang an notwendig gewesen sei, den leistungsberechtigten M.L. stationÄxr unterzubringen, was damals auch allen Beteiligten bewusst und bekannt gewesen sei.

Der Beklagte beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Konstanz vom 8. April 2022 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Der KlĤger beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Er hält das angefochtene Urteil fþr zutreffend. Durch das Verlassen der C1 Dorfgemeinschaft am H1/H2 sei die Heimkette unterbrochen worden. Es habe länger als zwei Monate gedauert, bis M.L. wieder stationär in eine Einrichtung habe aufgenommen werden können. M.L. habe nach dem Verlassen des Z1 noch keinen neuen Einrichtungsplatz gefunden gehabt. Erst während der Zeit bei seiner Tante seien in Abstimmung mit dem Fallmanagement des Klägers verschiedene in

Frage kommende Einrichtungen sondiert worden. Schlie̸lich habe M.L. per Schreiben vom 17. Mai 2013 eine Aufnahmezusage seitens der G1-Hilfe erhalten. Somit sei gerade kein nahtloser ̸bertritt von einer Einrichtung in die nächste gegeben. Die Ķrtliche ZustĤndigkeit habe sich somit wieder nach § 98 Abs. 2 Satz 1 SGBÂ XII gerichtet. In der Zeit vom 19. MÃxrz 2013 bis zur Aufnahme in der Einrichtung H3 der G1-Hilfe am 23. Mai 2013 habe sich M.L. bei seiner Tante in S2 aufgehalten. Es sei von vornherein klar gewesen, dass M.L. nicht mehr in die Ausgangseinrichtung habe zurļckkehren kĶnnen. Die Aufnahme des M.L. in eine andere Einrichtung habe zum Zeitpunkt seiner Ankunft im Landkreis K1 weder festgestanden noch habe es eine konkrete Aussicht auf einen neuen Einrichtungsplatz gegeben. Die Aufenthaltsdauer im Landkreis K1 sei lĤnger als zwei Monate gewesen. Der Aufenthalt des M.L. sei auch zukunftsoffen gewesen, da über ein paar Wochen hinweg nicht festgestanden habe, in welche Einrichtung M.L. aufgenommen werde und in welchem Landkreis sich diese befinden würde. Zum Zeitpunkt des Eintritts des M.L. in die Einrichtung der G1-Hilfe am 23. Mai 2013 bzw. in den zwei Monaten vor der Aufnahme sei sein gewĶhnlicher Aufenthalt im Landkreis K1 gewesen. Für den Erstattungsanspruch seien sowohl die Voraussetzungen des <u>§ 14 SGB X</u>, die des <u>§ 105 SGB X</u> als auch die des <u>§ 104</u> SGB X erfüIlt. Der Vortrag des Beklagten, der Kläger habe grob fahrlässig seine Ķrtliche UnzustĤndigkeit nicht erkannt, sei aus der Luft gegriffen. Bei dem Bescheid vom 9. Juni 2016 habe es sich um einen Bescheid aufgrund des Weiterbewilligungsantrags des M.L. gehandelt. Für ihn sei es nicht erheblich, wer bzw. welcher SozialhilfetrĤger für seinen eingliederungshilferechtlichen Bedarf aufkomme. Zum Zeitpunkt des Erlasses des Bescheides habe der Beklagte bereits lĤngst und wiederholt klargestellt, dass er seine ZustĤndigkeit nicht anerkenne und nicht zur Kostenerstattung bereit sei. Der Beklagte sei erstmals mit Schreiben vom 25. Februar 2014 gebeten worden, seine Ķrtliche ZustĤndigkeit und die Kostenerstattungspflicht anzuerkennen. ̸ber sieben Monate später habe der Beklagte erstmals reagiert und im Schreiben vom 7. Oktober 2014 mitgeteilt, dass er seine ZustĤndigkeit und seine Kostenerstattungspflicht nicht anerkenne. Der Zuständigkeitsstreit habe nicht auf dem Rücken des M.L. ausgetragen werden können. Aus diesem Grund seien ihm die Leistungen zur Sicherung seines Bedarfs gewÄxhrt worden. Der Erstattungsanspruch scheitere auch nicht daran, dass der Kläger den bei ihm eingegangenen Leistungsantrag nicht unverzüglich nach Ablauf der zweiwĶchigen Prüfungsfrist an den Beklagten weitergeleitet habe. Unter Berücksichtigung der Ziele des § 14 SGB IX schlieÃ∏e § 14 Abs. 4 SGB IX die Anwendbarkeit der §Â§ 102ff. SGB X gerade nicht umfassend aus. GemäÃ∏ <u>§ 104 SGB X</u> könne sich ein erstangegangener Rehabilitationsträger im Rahmen eines Erstattungsstreits die Kosten der Rehabilitationsma̸nahme vom vorrangig zustĤndigen RehabilitationstrĤger erstatten lassen.

Wegen weiterer Einzelheiten des Sachverhalts sowie des Vorbringens der Beteiligten wird auf die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz sowie die Verwaltungsakten des KIĤgers Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die gemĤÃ As 143 Sozialgerichtsgesetz (SGG) statthafte Berufung des Beklagten

ist auch im \tilde{A} brigen zul \tilde{A} xssig. Insbesondere ist sie gem \tilde{A} x \tilde{A} \tilde{A} 8 151 Abs. 1 SGG form- und fristgerecht eingelegt worden. Die Berufung bedurfte auch nicht der Zulassung, da der gem \tilde{A} x \tilde{A} \tilde{A} 8 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. \tilde{A} 2 SGG ma \tilde{A} gebliche Beschwerdewert bei Erstattungsstreitigkeiten in H \tilde{A} 9 he von 10.000,00 \tilde{A} EUR \tilde{A} 1/4 berschritten ist.

Die Berufung ist unbegründet. Das SG hat den Beklagten im Ergebnis zu Recht verurteilt, an den Kläger die von ihm an M.L. erbrachten Eingliederungshilfeleistungen im Zeitraum vom 1. August 2016 bis zum 31. Dezember 2019 von insgesamt 148.719,97 EUR zu erstatten.

Der Klåger verfolgt sein Begehren zutreffend mit der Leistungsklage gemågå å§ 54 Abs. 5 SGG. Die beteiligten Sozialhilfetråger stehen zueinander in einem Gleichordnungsverhågltnis. Deshalb scheidet eine Geltendmachung des Erstattungsanspruchs durch Verwaltungsakt aus (Bundessozialgericht [BSG], Urteil vom 16. Februar 2012 â B 9 VG 1/10 R â SozR 4-1300 ŧ 112 Nr. 1 Rdnr. 14). Der Klåger hat sein Zahlungsbegehren konkret beziffert (hierzu BSG, Urteil vom 20. November 2008 å â B 3 KR 25/07 R å a SozR 4-2500 ŧ å 133 Nr. 3 Rdnr. 14).

Rechtsgrundlage fÃ $\frac{1}{4}$ r das Erstattungsbegehren des KlÃxgers ist entgegen der Auffassung des SG allerdings nicht $\frac{1}{4}$ 8 105 SGB $\frac{1}{4}$ 8 X, sondern f $\frac{1}{4}$ 4r die Zeit vom 1. August 2016 bis 15. Februar 2018 $\frac{1}{4}$ 8 104 SGB X, f $\frac{1}{4}$ 4r die Zeit vom 16. Februar 2018 bis 31. Dezember 2019 $\frac{1}{4}$ 8 102 SGB $\frac{1}{4}$ 8 X.

Diese allgemeinen Erstattungsregelungen werden im vorliegenden Fall durch § 14 Abs. 4 SGB IX in der bis zum 31. Dezember 2017 geltenden Fassung vom 23. April 2004 (BGBl. I 606; a.F.) bzw. § 16 Abs. 1 und 4 SGB IX in der ab 1. Januar 2018 geltenden Fassung vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I 3234) nicht verdrängt.

§ 14 Abs. 4 Satz 1 SGB IX a.F. bzw. ab 1. Januar 2018 § 16 Abs. 1 und 4 SGB IX ist nicht anwendbar. <u>§ 14 Abs. 4 Satz 1 SGB IX</u> a.F. bestimmt: Wird nach Bewilligung der Leistung durch einen RehabilitationstrÄxger nach Abs. 1 Satz 2 bis 4 festgestellt, dass ein anderer RehabilitationstrĤger fýr die Leistung zuständig ist, erstattet dieser dem RehabilitationstrÄxger, der die Leistung erbracht hat, dessen Aufwendungen nach den fÄ¹/₄r diesen geltenden Rechtsvorschriften. Eine Bewilligung der Leistung nach Abs. 1 Satz 2 bis 4 erfolgt durch den zweitangegangenen RehabilitationstrĤger, an den der Antrag von dem sich selbst für unzuständig haltenden erstangegangenen Rehabilitationsträger weitergeleitet worden ist; er ist im VerhAxItnis zum Versicherten endgA¼Itig und umfassend leistungspflichtig, auch wenn er nach den geltenden Normen au̸erhalb des SGB IX nicht für die beanspruchte Rehabilitationsleistung des Versicherten zuständig ist. <u>§ 14 Abs. 4 Satz 1 SGB IX</u> trägt dieser Situation des zweitangegangenen RehabilitationstrĤgers Rechnung, indem er für ihn einen speziellen Erstattungsanspruch begründet, der die allgemeinen Erstattungsansprå¼che verdrå¤ngt und sicherstellt, dass der zweitangegangene im Nachhinein seine Aufwendungen vom â∏eigentlichâ∏ zuständigen Rehabilitationsträger zurückerhält (vgl. hierzu im BSG, Urteil vom 26. Juni

2007 â B 1 KR 34/06 R â SozR 4-1300 §Â 104 Nr. 2). Eine entsprechende Regelung trifft §Â 16 Abs. 1 SGB X ab 1. Januar 2018 für die Gesamtzuständigkeit eines anderen als des zweitangegangenen Rehabilitationsträgers.

Der Klåger ist nicht der zweitangegangene Rehabilitationstråger im Sinne der genannten Normen. M.L. hat vielmehr die begehrte Eingliederungshilfe bereits im Mai 2013 bei dem KlĤger beantragt, sodass dieser der erstangegangene RehabilitationstrĤger ist. Da der KlĤger den Antrag nicht weitergeleitet hat, ist er gegenüber M.L. gemäÃ∏ § 14 Abs. 2 Satz 1 SGB IX a.F. allein zuständig und somit leistungspflichtig geworden. Die nur abschnittsweisen Bewilligungen bzw. WeitergewĤhrungen der Eingliederungshilfeleistungen haben den KlĤger nicht berechtigt, seine nach § 14 SGB IX begründete Zuständigkeit für die Entscheidung ýber die Weiterbewilligung zu prüfen und gegebenenfalls abzulehnen. Eine blo̸e Verlängerung einer bestimmten MaÃ∏nahme stellt keinen neuen, sondern einen einheitlichen, damit von <u>§Â 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IX</u> nicht erfassten Leistungsfall dar, für welchen eine neue Antragstellung nicht erforderlich ist und der unter Beachtung des Rechtsgedankens von §Â 4 Abs. 2 Satz 2 SGBÂ IX sowie dem Grundsatz der Leistungserbringung â∏aus einer Handâ∏∏ vom ursprünglich leistenden Träger abzuschlieÃ∏en ist (vgl. Ulrich in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB IX, 3. Aufl., §Â 14 Rdnr. 58; Senatsurteil vom 20. Januar 2022Â â_{□□} <u>L 7 SO 3290/20</u>Â â_{□□} juris Rdnr. 30). Auf den Weiterbewilligungsantrag des M.L. vom 16. Februar 2016, auf den der KlĤger mit Bescheid vom 9. Juni 2016 die Eingliederungshilfe für die Zeit ab 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2017 weitergewÄxhrt hat, war er daher nicht berechtigt, seine bereits im Mai 2013 begründete Zuständigkeit (erneut) zu prüfen und den Antrag gegebenenfalls weiterzuleiten.

Etwas anderes gilt allerdings für die ab 16. Februar 2018 erbrachten Eingliederungshilfeleistungen. Ab diesem Zeitpunkt hat M.L. nicht nur die weitere Erbringung von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben im Rahmen der Eingliederungshilfe begehrt, sondern auch die (erstmalige) Aufnahme in das ambulant betreute Wohnen in Familien statt der Hilfe für das vollstationäre Wohnen. Diese Ansprýche sind jedoch nicht isoliert voneinander zu betrachten, sondern stellen einen einzigen und damit neuen Antrag im Sinne des § 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IX dar. Dies wird zum einen dadurch verdeutlicht, dass § 14 Abs. 1 Satz 2 SGB IX dem erstangegangenen Träger eine Prüfungspflicht dahingehend auferlegt, ob er für die beantragten Leistungen â∏insgesamtâ∏ zuständig ist, und zum anderen dadurch, dass § 15 Abs. 1 Satz 1 SGBÂ IX in der ab 1. Januar 2108 geltenden Fassung dem leistenden RehabilitationstrĤger die Weiterleitung â∏insoweitâ∏ eröffnet, als er feststellt, â∏dass der Antrag neben den nach seinem Leistungsgesetz zu erbringenden Leistungen weitere Leistungen zur Teilhabe umfasst, für die er nicht Rehabilitationsträger nach § 6 Absatz 1 [SGB IX] sein kannâ∏∏. Nachdem der Kläger als Träger der Leistungen der Eingliederungshilfe den Antrag des M.L. jedoch nicht (an den nach seiner Auffassung zustĤndigen Beklagten) weitergeleitet hat, ist er erneut als erstangegangener RehabilitationstrĤger nach § 14 Abs. 2 Satz 1 SGBÂ IX zuständig geworden.

Zugunsten des erstangegangenen RehabilitationstrÄxgers, der die Leistung erbringt, begründen <u>§Â 14 Abs. 4 SGB IX</u> a.F. bzw. § 16 Abs. 1 SGB IX n.F. keinen Erstattungsanspruch. Die Vorschriften schlie̸en allerdings einen Erstattungsanspruch des leistenden erstangegangenen TrÄxgers nach allgemeinen Vorschriften auch nicht vollstĤndig aus. <u>§ 14 Abs. 4 Satz 3 SGB IX</u> a.F. bzw. § 16 Abs. 4 SGB IX n.F. schlieÃ∏en für den Fall der Leistungserbringung durch den unzuständigen Rehabilitationsträger nur die Anwendbarkeit von § 105 SGB X grundsĤtzlich aus. Hat der TrĤger seine ZustĤndigkeit geprļft und bejaht, muss er im Nachhinein zu einer Korrektur im Rahmen der Erstattung befugt sein. Sonst wĤre er gehalten, schon bei geringstem Verdacht einen Rehabilitationsantrag weiterzuleiten, um die ZustĤndigkeitsproblematik ggf. im Erstattungsstreit austragen zu kĶnnen und andererseits nicht automatisch von jeglicher ErstattungsmĶglichkeit ausgeschlossen zu sein. Das widersprĤche sowohl dem Regelungszweck des <u>§Â 14 SGB IX</u>, zu einer schnellen Zuständigkeitsklärung gegenüber dem behinderten Menschen zu kommen, als auch dem zugleich verfolgten Ziel, das gegliederte Sozialsystem zu erhalten (BSG, Urteil vom 11. September 2018 â∏ <u>B 1 KR 6/18 R</u> â∏ SozR 4-1300 §Â 104 Nr. 7 Rdnr. 13 m.w.N.).

Daher kommt zur â∏nachträglichen Korrekturâ∏ der irrtümlichen Bejahung seiner ZustĤndigkeit durch den erstangegangenen TrĤger im Erstattungswege ein Anspruch wegen nachrangiger Verpflichtung des LeistungstrÄxgers aus § 104 SGB X in Betracht. Das beruht darauf, dass §Â 14Â Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB IX einerseits die ZustĤndigkeit gegenļber dem Menschen mit Behinderung schnell, klar und endgültig regelt, andererseits die â∏eigentlicheâ∏ Zuständigkeitsordnung (auÃ∏erhalb des <u>§ 14 SGB IX</u>) im VerhÃxItnis der RehabilitationstrÃxger untereinander nicht antasten will. Deshalb schafft § 14 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB IX nur eine nachrangige Zuständigkeit, die es zulässt, dass der erstangegangene RehabilitationstrĤger im Rahmen eines Erstattungsstreits sich die Kosten der Rehabilitationsma̸nahmen nach <u>§ 104 SGB X</u> vom â∏eigentlichâ∏∏ zustĤndigen, in diesem Sinne vorrangigen RehabilitationstrĤger erstatten lĤsst. Der Träger, der irrtümlich seine Zuständigkeit bejaht, wird damit nicht â∏ im dargelegten Sinne dem Primärziel des <u>§ 14 SGB IX</u> zuwiderlaufend â∏∏ dauerhaft mit den Kosten der Rehabilitationsmaà nahme belastet. Er wird aber auch nicht wie ein vorleistungspflichtiger oder zweitangegangener TrÄger in der Rechtsfolge privilegiert, sondern erhÃxIt Erstattung nur im Umfang des § 104 Abs. 3 SGB X nach den für den vorrangig verpflichteten Leistungsträger geltenden Rechtsvorschriften (BSG, Urteil vom 26. Juni 2007Â â∏ BÂ 1Â KR 34/06 RÂ â∏ SozR 4-1300 §Â 104 Nr. 2 Rdnr. 27f.).

Soweit die Prüfung des erstangegangenen Rehabilitationsträgers innerhalb der Zwei-Wochen-Frist nicht zu einem greifbaren Ergebnis, sondern etwa wegen einer komplizierten Rechtsproblematik zu ernstlichen Argumenten für und gegen die eigene Zuständigkeit und für und gegen die Zuständigkeit eines anderen Rehabilitationsträgers geführt hat und deshalb der angegangene Träger im Interesse der Beschleunigung eine Weitergabe des Rehabilitationsantrags unterlassen hat oder er sich trotz des ihm eingeräumten Prüfungs- und

Ablehnungsrechts einem Leistungszwang ausgesetzt sieht, ist auch eine Kostenerstattung nach den GrundsĤtzen des vorlĤufig leistenden LeistungstrĤgers zu erwĤgen, wie sie entsprechend <u>§Â 102 SGB X</u> in <u>§Â 14 Abs. 4 Satz 1 SGB IX</u> a.F. bzw. § 16 Abs. 1 SGB IX n.F. vorgesehen ist (BSG, Urteil vom 11. September 2018 â\|\|\text{B} \text{B} \text{I KR 6/18 R} \text{A} \text{â}\|\|\text{A} \text{B} \text{A} \text{Vr.A} 7 Rdnr. 14 m.w.N.; BSG, Urteil vom 20. Oktober 2009 \text{A}\|\|\|\text{B} \text{B} \text{S R 44/08 R} \text{A} \text{A}\|\|\|\text{B} \text{SozR 4-3250 §Â 14 Nr.} 9 Rdnr. 16). Dies kommt vorliegend fÃ\|\frac{1}{4}\r die von dem KlA\|\text{E} \text{ger ab 16. Februar 2018 erbrachten Leistungen in Betracht.}

Fýr die Zeit vom 1. August 2016 bis 15. Februar 2018 ist der Beklagte gemäÃ∏ § 104 SGB X zur Erstattung der von dem Kläger erbrachten Eingliederungshilfeleistungen verpflichtet. Hat ein nachrangig verpflichteter Leistungsträger Sozialleistungen erbracht, ohne dass die Voraussetzungen von § 103 Abs. 1 SGB X vorliegen, ist der Leistungsträger erstattungspflichtig, gegen den der Berechtigte vorrangig einen Anspruch hat oder hatte, soweit der Leistungsträger nicht bereits selbst geleistet hat, bevor er von der Leistung des anderen Leistungsträgers Kenntnis erlangt hat (§Â 104 Abs. 1 Satz 1 SGB X). GemäÃ∏ §Â 104 Abs. 1 Satz 2 SGB X ist ein Leistungsträger nachrangig verpflichtet, soweit dieser bei rechtzeitiger ErfÃ⅓llung der Leistungsverpflichtung eines anderen Leistungsträgers selbst nicht zur Leistung verpflichtet gewesen wäre. Ein Erstattungsanspruch besteht nicht, soweit der nachrangige Leistungsträger seine Leistungen auch bei Leistung des vorrangig verpflichteten Leistungsträgers hätte erbringen mýssen (§ 104 Abs. 1 Satz 3 SGB X).

In FĤllen, in denen ein (erstangegangener) LeistungstrĤger insbesondere infolge unterlassener oder fehlerhafter ZustĤndigkeitsprļfung Leistungen erbringt, ohne dass ein Fall des § 103 SGBÂ X oder eine zielgerichtete ZuständigkeitsanmaÃ∏ung, die eine Erstattung nach <u>§ 104 SGB X</u> ausschlieÃ∏en würde, vorliegt, begründet <u>§Â 14 Abs. 1 Satz 1</u> in Verbindung mit Abs. 2 Satz 1 und 2 SGB IX für das Erstattungsverhältnis zwischen den Trägern eine nachrangige Zuständigkeit des erstangegangenen Trägers, wenn er auÃ∏erhalb der durch <u>§Â 14 SGB IX</u> geschaffenen Zuständigkeitsordnung unzuständig, ein anderer Träger aber eigentlich zuständig gewesen wäre (BSG, Urteil vom 1. März 2018 â∏ B 8 SO 22/16 R â∏ SozR 4-3250 §Â 14 Nr. 28 Rdnr. 13f.). Darauf, dass Kläger und Beklagter auÃ∏erhalb des <u>§Â 14 SGB IX</u> nicht in einem Verhältnis des Vor- oder Nachrangs zueinander stehen, kommt es nicht an; denn <u>§Â 14 SGB IX</u> schafft gerade das von <u>§Â 104 SGB X</u> vorausgesetzte VerhÃxItnis des Vor- und Nachrangs und l\(\tilde{A}\)xsst das von sonstigen Vorschriften bestimmte Verhältnis der Rehabilitationsträger zueinander, auch solcher, die unabhängig von <u>§Â 14 SGB IX</u> in einem Vorrang-/Nachrangverhältnis stehen können, unberührt (BSG, Urteil vom 1. März 2018Â â∏ <u>B 8 SO 22/16 R</u>Â â∏ SozR 4-3250 §Â 14 Nr. 28 Rdnr. 14).

Im streitigen Zeitraum ab 1. August 2016 bis zum 15. Februar 2018 hat der Kläger dem M.L. Leistungen für das stationäre Wohnen nach §Â§ 53 ff. SGB XII a.F. sowie zur Teilhabe am Arbeitsleben in einer Werkstatt für behinderte Menschen nach §Â§ 53, 54 SGB XII a.F., 41 SGB IX a.F. erbracht. Das Vorliegen der Leistungsvoraussetzungen und die RechtmäÃ∏igkeit der Leistungserbringung

gegenüber M.L. insgesamt wurden vom Beklagten im Berufungsverfahren zuletzt nicht in Abrede gestellt und stehen auch sonst nicht in Zweifel.

FÃ⅓r die von dem Kläger erbrachten Leistungen wäre auÃ∏erhalb der Zuständigkeitsbestimmung des <u>§ 14 SGB IX</u> eigentlich der Beklagte sachlich und örtlich zuständig gewesen.

Die sachliche ZustÄxndigkeit bestimmt sich nach <u>§Â§ 3 Abs. 1</u> und 2, <u>97 Abs. 1</u> SGB XII, §Â§Â 1 Abs. 1, 2 Gesetz zur Ausführung des SGB XII in der ab 1. Januar 2005 geltenden Fassung des Art. 122 des Verwaltungsstruktur-Reformgesetzes vom 1. Juli 2004 (AGSGB XII). Danach ist für die Sozialhilfe sachlich zustĤndig der Ķrtliche TrĤger der Sozialhilfe, soweit nicht der überörtliche Träger sachlich zuständig ist. Die sachliche Zuständigkeit des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe wird gemäÃ∏ <u>§ 97 Abs. 2 Satz 1</u> SGBÂ XII nach Landesrecht bestimmt. Soweit Landesrecht keine Bestimmung nach Absatz 2 Satz 1 enthält, ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe insbesondere für Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach den §Â§ 53 bis 60 sachlich zuständig (§ 97 Abs. 3 Nr. 1 SGB XII). In Baden-Württemberg ist â□□ abweichend von der grundsÃxtzlichen ZustÃxndigkeit des überörtlichen Sozialhilfeträgers nach <u>§Â 97 Abs. 3 Nr. 1Â SGBÂ XII</u> â∏∏ nach § 2 Satz 1 AGSGB XII der örtliche Sozialhilfeträger zuständig für die in § 8 SGB XII genannten Hilfen, somit für die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach §Â§ 53 bis 60a SGB XII a.F. (§ 8 Nr. 4 SGB XII in der bis 31. Dezember 2019 gültigen Fassung).

Die Ķrtliche ZustĤndigkeit des SozialhilfetrĤgers ist nach <u>§ 98 SGB XII</u> zu bestimmen. Nach <u>§</u> 98 Abs. 1 Satz 1 (in der ab 1. Januar 2005 geltenden Fassung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das SGB vom 27. Dezember 2003 [<u>BGBI. I S. 3022</u>]) ist der TrĤger der Sozialhilfe Ķrtlich zustĤndig, in dessen Bereich sich die Leistungsberechtigten tatsĤchlich aufhalten. Sonderregelungen hinsichtlich der Ķrtlichen ZustĤndigkeit bestehen u.a. fĽr stationĤre Leistungen (vgl. <u>§ 98 Abs. 2 SGB XII</u> in der seit 1. Januar 2005 unverĤndert geltenden Fassung des Gesetzes vom 27. Dezember 2003 a.a.O.) und fļr Leistungen des ambulanten betreuten Wohnens (vgl. <u>§ 98 Abs. 5 SGB XII</u> in der hier anzuwendenden Fassung des Gesetzes zur Ä∏nderung des SGB XII und anderer Gesetze vom 2. Dezember 2006, <u>BGBI. I S. 2670</u> [a.F.]).

Fýr die zunächst von M.L. bezogene Eingliederungshilfe fýr das stationäre Wohnen ergibt sich die örtliche Zuständigkeit des Beklagte aus <u>§ 98 Abs. 2 SGB XII</u>. Danach ist fýr die stationäre Leistung der Träger der Sozialhilfe örtlich zuständig, in dessen Bereich die Leistungsberechtigten ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Zeitpunkt der Aufnahme in die Einrichtung haben oder in den zwei Monaten vor der Aufnahme zuletzt gehabt hatten. Waren bei Einsetzen der Sozialhilfe die Leistungsberechtigten aus einer Einrichtung im Sinne des Satzes 1 in eine andere Einrichtung oder von dort in weitere Einrichtungen Ã⅓bergetreten oder tritt nach dem Einsetzen der Leistung ein solcher Fall ein, ist der gewöhnliche Aufenthalt, der fÃ⅓r die erste Einrichtung maÃ□gebend war, entscheidend. Ein Einrichtungswechsel im Sinne <u>§ 98 Abs. 2 Satz 2 SGBÂ XII</u> (sog.

â∏Einrichtungsketteâ∏) von der Einrichtung des C1 Dorfgemeinschaft H1 e.V. (über das Z1 S1) in die Einrichtung der G1-Hilfe gGmbH M2 liegt nicht vor. Ein solcher wĤre gegeben, wenn der Wechsel der stationĤren Einrichtungen unmittelbar, d.h. ohne weitere Zwischenaufenthalte, stattfindet (vgl. BSG, Urteil vom 20. April 2016 â∏ <u>BÂ 8Â SOÂ 8/14Â R</u> â∏ juris Rdnr. 13; Urteil vom 13. Februar 2014 â∏ B 8 SO 11/12 R â∏ juris Rdnr. 17; Urteil vom 23. August 2013 â∏ B 8 SO 14/12 R â∏ juris Rdnrn. 13, 15, 20; Urteil vom 25. August 2011 â∏ B 8 SO 7/10 R â∏∏ BSGE 109, 56 Rdnr. 17; vgl. ferner Senatsurteil vom 13. September 2018 â∏∏ L 7 SO 3470/15 â∏∏ juris Rdnr. 44). Eine rechtserhebliche Unterbrechung, die den erforderlichen zeitlichen Zusammenhang ausschlie̸t, ist gegeben, wenn im Zeitpunkt des Verlassens der bisherigen Einrichtung nicht feststeht, ob, wann oder wo die HilfegewĤhrung fortgesetzt werden soll, selbst wenn nur ein kurzer Zeitraum zwischen dem Verlassen der einen und der Aufnahme in eine andere Einrichtung liegt, dieses Verlassen jedoch nicht zielstrebig auf den Wechsel ausgerichtet ist und somit kein gewollter Wechsel, sondern lediglich eine sich zufällig anschlieÃ∏ende Aufnahme in eine neue Einrichtung vorliegt (vgl. Senatsurteile vom 13. September 2018 â∏ <u>L 7 SO 3470/15</u> â∏∏ juris Rdnr. 44 und vom 15. Mai 2019 â∏∏ <u>L 7 SO 2081/16</u> â∏∏ juris Rdnr. 35 ff.; Schleswig-Holsteinisches LSG, Urteil vom 11. Mai 2016 â□□ <u>L 9 SO 78/12</u> â□□ juris Rdnr. 34; LSG Hamburg, Urteil vom 18. Dezember 2014 â∏ <u>LÂ 4Â SO 29/13</u> â∏ juris Rdnrn. 35 ff.; Hohm in Schellhorn/Hohm/Scheider/Legros, SGB XII, 20. Auflage 2020, § 98 Rdnrn. 90 ff.). Eine rechtserhebliche Unterbrechung ist ferner gegeben, wenn der Leistungsberechtigte aus der bisherigen Einrichtung mit der festen Absicht, nicht mehr zurýckzukehren, entwichen ist (Hohm in Schellhorn/Hohm/Scheider/Legros, a.a.O., § 98 Rdnrn. 87, 88), oder wenn er zwischen dem Wechsel aus der einen in die andere Einrichtung einen neuen gewöhnlichen Aufenthalt auÃ∏erhalb beider Einrichtungen begründet hat (Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Beschluss vom 3. Juli 2003 â∏ 5 B 211/02 â∏ juris Rdnr. 9). Demgegenüber liegt eine Unterbrechung nicht vor, wenn das Verlassen der ersten und die Aufnahme in die nÄxchste Einrichtung in einem engen sachlichen und zeitlichen Zusammenhang stehen und die Aufnahme in die neue Einrichtung schon sicher feststeht (BVerwG, Urteil vom 18. Mai 2000 â \square 5 C 27/99 â \square BVerwGEÂ 111, 213 â \square juris Rdnrn. 15, 16). In Anwendung dieser Ma̸stäbe liegt kein Ã∏bertritt im Sinne des <u>§ 98</u> Abs. 2 Satz 2 SGB XII vor. M.L. hat die Einrichtung des C1 Dorfgemeinschaft e.V. am 20. Februar 2013 endgültig verlassen. Er befand sich zwar im Anschluss noch bis 19. März 2013 im Z1Â S1. In die zuvor bewohnte Einrichtung konnte er bei Entlassung jedoch nicht wieder aufgenommen werden. Der Heimvertrag wurde mit Schreiben vom 2. April 2013 gekündigt. Selbst bei Kündigung des Heimvertrages war noch nicht absehbar, in welcher Einrichtung M.L. zukünftig aufgenommen würde. Ein Wechsel der stationären Einrichtungen war weder zwischen den Einrichtungen noch mit dem seinerzeit zustĤndigen Sozialhilfeträger, dem Kläger, abgesprochen. Eine erneute stationäre Aufnahme, nunmehr in die Einrichtung der G1-Hilfe erfolgte erst am 23. Mai 2013 nach einem Probewohnen. Somit stand im Zeitpunkt des Verlassens der bisherigen Einrichtung des C1 Dorfgemeinschaft e.V. und auch bei Verlassen des Z1 S1 nicht fest, ob, wann oder wo die HilfegewĤhrung an M.L. fortgesetzt werden soll. Demnach knýpft die ZustÃxndigkeit des Beklagten an den gewöhnlichen Aufenthalt des M.L vor Aufnahme in die Einrichtung der G1-Hilfe gGmbH an.

M.L. hat bis unmittelbar vor der Aufnahme in die Einrichtung der G1-Hilfe gGmbH bei seiner Tante in S2 im Landkreis K1 â∏ dem Zuständigkeitsbereich des Beklagten â∏ gewohnt und dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt. Nach § 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I hat eine Person den gewĶhnlichen Aufenthalt dort, wo sie sich unter UmstĤnden aufhĤlt, die erkennen lassen, dass sie an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorļbergehend verweilt. Fļr die Feststellung des Vorliegens eines gewĶhnlichen Aufenthalts sind die mit dem Aufenthalt verbundenen UmstĤnde des Einzelfalls festzustellen; im Rahmen einer vorausschauenden Betrachtung (Prognoseentscheidung) sind unter Berücksichtigung aller für die Beurteilung der künftigen Entwicklung im würdigen und als hypothetische Tatsache festzustellen, und zwar auch dann, wenn â∏ wie hier â∏ der gewöhnliche Aufenthalt rückblickend zu ermitteln ist (BSG, Urteil vom 1. März 2018 â∏∏ <u>B 8 SO 22/16 R</u> â∏∏ SozR 4-3250 § 14 Nr. 28 Rdnr. 20 m.w.N.). Die Prognose hat alle mit dem Aufenthalt verbundenen Umstände zu berücksichtigen; dies können subjektive wie objektive, tats \tilde{A} ¤chliche \hat{a} \square auch wirtschaftliche \hat{a} \square wie rechtliche sein (BSG, Urteil vom 16. Juni 2015 â∏∏ <u>BÂ 13Â RÂ 36/13 R</u> â∏∏ juris Rdnr. 25; BSG, Urteil vom 17. Dezember 1981 â∏ <u>10 RKg 12/81</u> â∏ <u>BSGE 53, 49</u>-54, <u>SozR 5870 § 2 Nr. 25</u>, juris Rdnr. 23). Es kann demnach nicht allein auf den Willen des Betroffenen ankommen, einen gewĶhnlichen Aufenthalt zu begrļnden; dies gilt insbesondere dann, wenn er nicht mit den tatsÄxchlichen objektiven UmstÄxnden ļbereinstimmt (BSG, Urteil vom 16. Juni 2015, a.a.O. Rdnr. 25). Ist nach der Prognose davon auszugehen, dass die betreffende Person zukunftsoffen â∏bis auf Weiteresâ∏ an dem Ort oder in dem Gebiet verweilen wird, so hat sie dort ihren gewĶhnlichen Aufenthalt, wobei kein dauerhafter (unbegrenzter) Aufenthalt erforderlich ist (BSG, Urteil vom 16. Juni 2015, a.a.O. Rdnr. 25). Nach diesen Kriterien hat M.L. im A¶rtlichen Zuständigkeitsbereich des Beklagten in S2, wo er sich nach Entlassung aus dem Z1 S1 bis zur Aufnahme in die Einrichtung der G1 Hilfe gGmbH aufgehalten hat, einen gewĶhnlichen Aufenthalt begründet. Darauf, ob er in S2 oder noch in H2 einwohnerrechtlich gemeldet war, kommt es fýr die Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts nicht an (BSG, Urteil vom 1. März 2018Â â∏∏ <u>B 8 SO</u> 22/16 R â∏∏ SozR 4â∏∏3250 §Â 14 Nr. 28 Rdnr. 21 m.w.N.). Eine Rückkehr in die Einrichtung in H2 war dem M.L. nicht mĶglich, insbesondere nachdem der Heimvertrag beendet war. Bis zur Aufnahme in eine andere Einrichtung, die jedoch erst noch gefunden werden musste, ist M.L. in die Wohnung seiner Tante in S2 gezogen, um dort â∏∏bis auf Weiteresâ∏∏ zu wohnen. Zwar mag es sich dabei von vornherein nicht um eine DauerlĶsung gehandelt haben. Jedoch war der Aufenthalt in S2 â∏zukunftsoffenâ∏, weil eine Beendigung des dortigen Aufenthalts angesichts des Fehlens einer konkreten Aussicht auf Aufnahme in eine andere stationÃxre Einrichtung nicht absehbar war.

Der Beklagte war damit bis zum 15. Februar 2018 der vorrangig verpflichtete LeistungstrĤger im Sinne des <u>§ 104 SGB X</u>. Nachdem sich die Leistungspflicht des Beklagten als SozialhilfetrĤger nach denselben Rechtsvorschriften richtet wie fýr den Kläger, hat der Beklagte nach <u>§Â 104 Abs. 3 SGB XII</u> die von dem Kläger rechtmäÃ∏ig an M.L. erbrachten Eingliederungshilfeleistungen vom 1. August 2016 bis 15. Februar 2018 in voller Höhe zu erstatten.

Dabei sind auch die im Jahr 2016 entstandenen Erstattungsansprýche des KIägers nicht verjährt, wie das SG zutreffend dargestellt hat (§ 153 Abs. 2 SGG).

FÃ $\frac{1}{4}$ r die Zeit ab 16. Februar 2018 besteht ein Erstattungsanspruch des KlÃ $\frac{1}{4}$ gers gegen den Beklagten nach $\frac{1}{4}$ S 102 SGBÂ X.

Hat ein LeistungstrĤger aufgrund gesetzlicher Vorschriften vorlĤufig Sozialleistungen erbracht, ist der zur Leistung verpflichtete LeistungstrĤger gemĤÃ∏ § 102 Abs. 1 SGB X erstattungspflichtig. Eine vorlĤufige LeistungsgewĤhrung setzt begrifflich voraus, dass der in Anspruch genommene LeistungstrĤger zwar zunĤchst zur Leistung verpflichtet ist, dabei aber entweder in Kenntnis von der ZustĤndigkeit eines anderen LeistungstrĤgers und damit von der eigenen UnzustĤndigkeit leistet oder sich noch im ungewissen darľber befindet, welcher andere LeistungstrĤger zustĤndig ist. Eine Vorleistung erfordert somit das Bestehen entweder eines Kompetenzkonfliktes oder einer sonstigen Unklarheit ľber die ZustĤndigkeit fľr die endgľltige Leistungserbringung. Dabei muss der Wille des erstattungsbegehrenden LeistungstrĤgers, entweder fľr einen anderen oder im Hinblick auf die ungeklĤrte ZustĤndigkeit leisten zu wollen, nach auÄ∏en erkennbar sein (BSG, Urteil vom 22. Mai 1985 â∏ 1 RA 33/84 â∏ SozR 1300 §Â 104 Nr. 7 Rdnr. 16).

Mangels Weiterleitung des Antrags auf die Leistungen des Betreuten Wohnens in Familien war der Kläger wie bereits ausgeführt gemäÃ∏ § 14 Abs. 2 Satz 1 SGB IX zuständig geworden. Zur Zeit des Wechsels des M.L. aus dem stationĤren in das ambulant betreute Wohnen befand sich der KlĤger bereits seit Jahren in einem Kompetenzkonflikt mit dem Beklagten, der eine Kostenerstattung und eine FallA¼bernahme bereits mit Schreiben vom 7. Oktober 2014 abgelehnt hatte. Seit 16. September 2016 war ein Schiedsverfahren anhĤngig, in dem zu dem Zeitpunkt, zu dem über die Gewährung des Betreuten Wohnens in Familien zu entscheiden war, noch kein Schiedsspruch ergangen war. In Anbetracht dieser Situation war eine KlĤrung des Kompetenzkonflikts innerhalb der zweiwĶchigen Frist des <u>§ 14 Abs. 1 Satz 1 SGB IX</u> nicht möglich. Der Kläger war daher einem Leistungszwang vergleichbar dem des zweitangegangenen TrĤgers ausgesetzt. Wenn der KlĤger auf dieser offenen Grundlage im Interesse des betroffenen HilfeempfĤngers von Beginn an unter Ablehnung einer Rechtspflicht Leistungen erbracht hat, dann kann die Regelung des § 16 Abs. 4 SGB IX nach Ã∏berzeugung des Senats die Anwendung von § 102 SGB X nicht versperren.

Die Voraussetzungen des <u>§ 102 Abs. 1 SGB X</u> sind auch insoweit erfýIlt, als der Wille des Klägers, lediglich im Hinblick auf die unklare Zuständigkeit leisten zu wollen, nach auÃ∏en erkennbar war. Der Kläger hat bei der Weitergewährung der Eingliederungshilfe an M.L. bereits seit 2016 auf den bestehenden Zuständigkeitsstreit und die Weigerung des Beklagten, die Leistungsgewährung zu Ã⅓bernehmen, hingewiesen.

Auch fÃ⅓r die Eingliederungshilfeleistungen ab 16. Februar 2018 ist der Beklagte der â∏eigentlichâ∏ bzw. â∏endgÃ⅓ltigâ∏ zuständige Leistungsträger.

Für die ab 16. Februar 2018 an M.L. erbrachte Eingliederungshilfe für das Betreute Wohnen in Familien ergibt sich die Ķrtliche ZustĤndigkeit des Beklagten aus <u>§ 98 Abs. 5 SGB XII</u> a.F. Nach dieser Vorschrift ist fþr die Leistungen nach diesem Buch an Personen, die Leistungen nach dem Sechsten bis Achten Kapitel in Formen ambulanter betreuter WohnmĶglichkeiten erhalten, der TrĤger der Sozialhilfe A¶rtlich zustA¤ndig, der vor Eintritt in diese Wohnform zuletzt zustA¤ndig war oder gewesen wĤre. Die Wohnung, in der die ambulanten Leistungen erbracht werden, muss nicht vom Anbieter der ambulanten Dienstleistungen organisiert sein. Es bedarf keiner Koppelung von WohnungsgewĤhrung und Betreuung. Der Wortlaut selbst gibt eine solche eingrenzende Auslegung nicht her. Vielmehr ist es das Ziel des Gesetzgebers, durch die offene, der Auslegung fÄxhige Begrifflichkeit â∏ambulanter betreuter Wohnmöglichkeitenâ∏, die vielfältigen und unterschiedlichen Betreuungsleistungen entweder in der eigenen Wohnung, in Wohngruppen oder Wohngemeinschaften zu erfassen. Daher kann es im Einzelfall ausreichen, dass der HilfeempfĤnger die Wohnung selbst anmietet, aber fachlich geschulte Personen Betreuungsleistungen erbringen, die darauf gerichtet sind, die SelbstĤndigkeit und Selbstbestimmung bei Erledigung der alltĤglichen Angelegenheiten im eigenen Wohn- und Lebensbereich zu fĶrdern (BSG, Urteil vom 25. April 2013Â â□□ <u>B 8 SO 16/11 R</u>Â â□□ juris Rdnr. 16; BSG, Urteil vom 25. August 2011 â∏∏ <u>B 8 SO 7/10 R</u> â∏∏ SozR 4-3500 §Â 98 Nr. 1 Rdnr. 14). Dass M.L. in einer Familie in deren Unterkunft wohnt, die Betreuungsleistungen jedoch durch die L4 Teilhabe gGmbH erbracht werden, fýhrt daher nicht zu einem Ausschluss der Anwendbarkeit des § 98 Abs. 5 SGB XII. Auch QualitÃxt und QuantitÃxt der gewÃxhrten Betreuungsleistungen begründen das Vorliegen einer ambulant betreuten Wohnform. Dabei darf es sich zwar nicht um sporadische, situativ bedingte Betreuungsleistungen handeln, sondern diese müssen in einer regelmäÃ∏igen Form erbracht werden und in eine Gesamtkonzeption eingebunden sein, die auf die Verwirklichung einer mĶglichst selbststĤndigen und selbstbestimmten Lebensführung ausgerichtet ist (LSG NRW, Urteil vom 25. Juni 2015 â∏ <u>L 9 SO 24/13</u> â∏ juris Rdnr. 69). Denn der durch <u>§ 98 Abs. 5</u> SGBÂ XII gegebene Schutz des Einrichtungsortes bedarf hinsichtlich der IntensitÃxt der Betreuung einer Abgrenzung zu lediglich niederschwelligen oder unregelmäÃ∏igen Hilfeleistungen (LSG Bayern, Urteil vom 20. Dezember 2016Â â∏ <u>L 8 SO 119/15</u>Â â∏ juris Rdnr. 64). Nach dem Gesamtplan vom 16. Februar 2018 benötigt M.L. Motivation und teilweise Anleitung zur regelmäÃ∏igen Körperpflege, Unterstützung bei der Planung von Einkauf und bei der Nahrungszubereitung, bei der Strukturierung und Umsetzung von TÄxtigkeiten im Bereich der alltÄxglichen Lebensfļhrung und bei der Einhaltung von Regeln und Normen, enge Begleitung in Konflikten sowie Begleitung bei Arztbesuchen. Insgesamt handelte es sich danach um regelmäÃ∏ige, fachlich qualifiziert erbrachte Leistungen, denen eine Gesamtkonzeption zugrunde lag. Es handelte sich somit bei der Betreuung des M.L. um Leistungen der Eingliederungshilfe nach dem Sechsten Kapitel des SGBÂ XII, die M.L. in der Form einer ambulanten betreuten WohnmĶglichkeit erhalten hat. Unmittelbar vor dem Eintritt in das ambulant betreute Wohnen befand sich M.L. in der stationĤren Einrichtung der G1 Hilfe gGmbH. Für dieser wÃxre nach obigen Ausführungen der Beklagte Ķrtlich zustĤndig gewesen. Damit ist auch fýr die an M.L. ab 16. Februar 2018 erbrachte Eingliederungshilfe der Beklagte der (eigentlich) Ķrtlich

zuständige Sozialhilfeträger.

Die sachliche ZustĤndigkeit des Beklagten ergibt sich weiterhin aus § 2 Satz 1 AGSGB XII.

Danach ist auch für die ab 16. Februar 2018 gewährten Eingliederungshilfeleistungen im Rahmen einer ambulanten betreuten Wohnmöglichkeit der Beklagte sachlich und örtlich zuständig.

Im Ã\[]brigen lagen auch die Voraussetzungen f\tilde{A}\[/4\]r die Erbringung von Eingliederungshilfeleistungen in der geltend gemachten H\tilde{A}\[/4\]he vor. Bei M.L. besteht eine wesentliche Behinderung i.S. von \tilde{A}\[/5\tilde{A}\] \tilde{A}\[/5\] \tilde{B}\[/4\] aufgrund einer mittelgradigen Intelligenzminderung, einer deutlichen Verhaltensst\tilde{A}\[/4\]rung und einer Pers\tilde{A}\[/4\]nlichkeitsst\tilde{A}\[/4\]rung. Der Beklagte w\tilde{A}\[/4\]re dem M.L. in H\tilde{A}\[/4\]he der von dem KI\tilde{A}\[/4\]ger erbrachten Leistungen leistungspflichtig gewesen.

Der Beklagte hat damit auch ab 16. Februar 2018 bis 31. Dezember 2019 die von dem Kläger erbrachten Eingliederungshilfeleistungen gemäÃ∏ <u>§ 102 Abs. 2</u> SGB X im geltend gemachten Umfang zu erstatten.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>ŧ 197a Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 SGG</u> in Verbindung mit <u>A§Â 155 Abs. 1 Satz 3</u> Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Danach k¶nnen einem Beteiligten die Kosten ganz auferlegt werden, wenn der andere nur zu einem geringen Teil unterlegen ist. Dies ist vorliegend der Fall, da der Kl¤ger im erstinstanzlichen Verfahren nur hinsichtlich des im Berufungsverfahren nicht weiter verfolgten Feststellungsantrags, der mit einem Streitwert von 5.000,00Â EUR zu beziffern ist, unterlegen ist. Die Beteiligten sind im vorliegenden Erstattungsstreit nicht von den Gerichtskosten freigestellt (<u>A§ 197a Abs. 3 SGG</u>; vgl. BSG, Beschluss vom 28. Januar 2016 â∏ <u>B 13 SF 3/16 S</u> â∏ juris Rdnr. 8).

Die Revision war aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung der Rechtssache zuzulassen (§Â 160Â Abs. 2 Nr. 1 SGG).

Â

Erstellt am: 08.05.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024